

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rönischen Park 2.

Inserate für die vierspaltige Zeitspalte ober deren Raum 1 Mk.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 80 Pfg.

Das abgelehnte Wahlrecht.

Die preussische Wahlrechtsfrage ist trotz des Krieges die wichtigste deutsche Frage, und die Art, wie sie im preussischen Dreiklassenparlament behandelt wurde, ist ein schwerer Schimpf, eine beleidigende Herausforderung für das deutsche Volk. Fast sieht es aus, als ob sich Vorgänge, die sich vor hundert Jahren abgespielt haben, wiederholen sollten. Damals hat der König von Preußen in der Zeit der höchsten Not seinem Volk eine Verfassung versprochen, aber mit der Einlösung dieses versprochenen Königswortes ließ man sich Zeit. Die echtpreussischen Junker hintertrieben die Ausarbeitung einer Verfassung, und der König folgte, als die Gefahr vorüber war, gern dem Räte der Reaktionsäre. Statt der Beteiligung an der Gesetzgebung wurde dem Volk die Demagogenvorfolgung beschied. Die besten Männer, die von glühender Vaterlandsliebe erfüllt, auf den Schlachtfeldern für die Befreiung vom fremdländischen Joch geblutet, die in der Heimat für die Wiedererrichtung des an den Abgrund gebrachten Staates gewirkt hatten, sie wurden nun in niederträchtiger Weise verfolgt, viele wurden eingekerkert und grausam mißhandelt. In Preußen und in Deutschland herrschte Kirchhofsruhe. Das war der Dank der Fürsten für die Opfer, welche die Völker in den sogenannten Befreiungskriegen gebracht hatten.

In dem Sturm der Revolution vom Jahre 1848 wurde der Nachfolger des Preußenkönigs, der sein Wort nicht eingelöst hatte, gezwungen, dem preussischen Volk eine Verfassung zu geben. Das Bürgertum, das diese Revolution gemacht hatte, verstand es aber nicht, die erlangte Macht zu behaupten. Die erwählte Volksvertretung wurde auseinandergetrieben. Die Reaktion kam wieder oben auf, und an Stelle einer Volksvertretung wurde dem Volk in Preußen die Karrikatur einer solchen aufgezwungen; das Dreiklassenparlament, das heute noch existiert.

Die feudalen Junker und die Vertreter der Geldaristokratie, die im preussischen Abgeordnetenhaus die Macht haben und dank dieser Macht einen weitreichenden Einfluß auf die Gestaltung der Geschichte Deutschlands ausüben, fühlen sich noch stark. Sie trauen sich die Fähigkeit zu, die Zeiger der Weltenuhr zurückzurücken. Die Krant- und Schlotjunker lassen sich durch ein Königswort nicht importieren, und auf den Willen des Volkes, das sein Recht fordert, pfeifen sie. Der seitherige Verlauf der neuesten Wahlrechtsaktion scheint ihrer Auffassung recht zu geben, daß die nötige Portion Freiheit ausreicht, sich Vorrechte zu sichern, die längst zum Abbruch reif waren.

In dem Gewitter des Weltkrieges hat der König von Preußen sein Wort verpfändet für eine Reform des Wahlrechts. In der Osterbotschaft vom 7. April 1917 heißt es: „Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Ueberzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner die unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben.“ Dieser Erlaß fand eine Ergänzung in dem Erlaß vom 11. Juli 1917, in welchem der König bestimmt, daß der dem Landtage der Monarchie zur Beschlußfassung vorzuliegende Gesetzentwurf wegen Abänderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen ist. Die Vorlage ist jedenfalls so frühzeitig einzubringen, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können.“ Das sind so feierliche Versprechungen, daß der König unmöglich von ihnen zurücktreten kann. Die Minister des Königs haben die Pflicht, ihre ganze Kraft einzusetzen, um dem Willen des Herrschers Geltung zu verschaffen.

Hier, wo es sich um die Frage des Wahlrechts handelt, ist die Stellung der Regierung um so leichter, als sie das ganze Volk hinter sich weiß. Nicht nur in Preußen, das ganze deutsche Volk verlangt die Beseitigung des Dreiklassenparlaments, dieses Hemmschuhs für eine freie Entwicklung im Reich. Es sind nur eine Handvoll Ruchnießer des herrschenden Unrechts, die sich einer zeitgemäßen Reform entgegenstellen. Wenn sich die Vertreter des Geldsacks im Dreiklassenparlament nicht von ihren Privilegien trennen wollen, dann gäbe es Mittel, sie zu zwingen. Das preussische Parlament verdankt seine Existenz einem Akte der Willkür, es ist im Jahre 1849 oktroyiert worden an Stelle des gesetzlich bestehenden Parlaments des gleichen Wahlrechts. Mit den gleichen Mitteln, mit denen das Dreiklassenparlament geschaffen wurde, könnte es auch jetzt wieder beseitigt werden. Will man diesen Weg nicht wählen, dann steht der über den Reichstag offen. Der Reichstag ist befugt, eine wirkliche Volksvertretung für Preußen durch Gesetz zu schaffen.

Die preussische Regierung hat diese Wege nicht befürchtet; sie will die Verfassungsänderung auf dem Wege der preussischen Gesetzgebung durchführen. In ihrem Wahlrechtsentwurf hat sie dem versprochenen Königswort Rechnung getragen, aber sie war sorgsam darauf bedacht, ihren Entwurf den preussischen Reaktionsären möglichst schmackhaft zu machen. Die künftige Volksvertretung hat viel weniger Rechte besitzen als das jetzige Dreiklassenparlament, dafür soll die

Macht der Ersten Kammer, in welcher auch unter veränderter Zusammensetzung die adligen Großgrundbesitzer einen übertragenden Einfluß besitzen, beträchtlich erweitert werden.

Die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses hat durch ihre Beschlüsse diese Tendenz der Wahlrechtsvorlage noch kräftig unterstrichen. Die Regierung hat es hingegenommen. Sie kämpft ja nicht für Volksrechte, ihr ist es nur um die Einlösung des königlichen Versprechens zu tun. Wenn es ihr gelänge, das unmittelbare, geheime und gleiche Wahlrecht zu erlangen und damit den König aus der Schußlinie zu bringen, dann würde sie sich gern damit abfinden, daß die Erwählten dieses Wahlrechts praktisch so gut wie gar nichts zu sagen haben. In bezug auf die Entreechtung des künftigen Abgeordnetenhauses hat die Mehrheit des Dreiklassenhauses das menschenmögliche geleistet, aber sie hat trotzdem das gleiche Wahlrecht abgelehnt. Als dieser Beschluß in der zweiten Lesung gefaßt war, hätte die Regierung mit der Auflösung antworten müssen. Sie hat es nicht getan, sondern auf eine Verständigung gehofft. Statt dessen wurde die Wahlrechtsvorlage in der dritten Lesung weiter verhandelt, und an der Stelle, wo die Bestimmung über das gleiche Wahlrecht stehen sollte, klast nun eine große Lücke, nachdem die Vorlage der Regierung und alle Abänderungsanträge abgelehnt wurden, aber die Regierung hofft weiter!

Die größte Sorge der Mehrheit des Landtages ist darauf gerichtet, einer wirklichen Volksvertretung, die etwa ins Parlament einzieht, die Flügel zu beschneiden. Das soll erreicht werden durch ein System von „Sicherungen“. Bestimmte Gesetzgebungsgebiete sollen nur geändert werden können, wenn für die Änderungen in beiden Kammern eine Zweidrittelmehrheit vorhanden ist. Diese Sicherungen sind eine Erfindung des Zentrums, das insbesondere das Verhältnis vom Staat zur Kirche und die konfessionelle Volksschule „sichern“ will. Die Regierung hat sich mit diesen Sicherungen einverstanden erklärt, sie wurden aber abgelehnt, weil die Konservativen dem Zentrum das gleiche Wahlrecht verweigern wollten. Mehr Glück hatte das Zentrum mit anderen Sicherungsanträgen. So ist beschlossen worden, nicht nur die Verfassung, sondern auch die Wahlkreiseinteilung zu „sichern“. Zur Aenderung der ungerichteten Wahlkreiseinteilung soll also künftig eine Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern notwendig sein.

Ueber das Hauptstück der Vorlage, das Wahlrecht, konnte in der dritten Lesung eine Verständigung nicht erzielt werden. Das gleiche Wahlrecht wurde mit 236 gegen 185 Stimmen abgelehnt. Abgelehnt wurden aber auch die Anträge, die ein Mehrstimmenrecht einführen wollten. Aber durch eine am 13. Mai abgegebene Erklärung des Ministers Friedberg hat die Regierung das gleiche Wahlrecht schon preisgegeben. Der Minister erklärte, daß die Regierung über eine Zustimmung für das Alter vielleicht mit sich reden ließe. Sie hat zwar damit ihr Ziel noch nicht erreicht, es ist aber doch noch möglich, daß sie auf dem Wege des Ruhhandels eine Verfassungsänderung zustande bringt, durch welche das Volk um das Wahlrecht betrogen wird.

Nachdem alle das Wahlrecht betreffenden Anträge abgelehnt waren, erklärte der Minister Friedberg, daß die Regierung die Vorlage auch vor das Herrenhaus bringen wolle. Sollte dann das gleiche Wahlrecht nicht innerhalb gemessener Frist angenommen sein, dann werde die Regierung das Abgeordnetenhaus auflösen, aber erst zu einem Zeitpunkt, wenn das mit der Kriegslage verträglich sei. Diese Drohung wird die Wahlrechtsfeinde nicht sehr erschrecken; sie wissen nun, was sie der Regierung bieten können. Vor allen Dingen ist nun Zeit gewonnen. Nach der Geschäftsordnung muß die Abstimmung im Abgeordnetenhaus nach drei Wochen wiederholt werden. Dann geht die Vorlage an das Herrenhaus, so daß vor dem Spätherbst an eine Erledigung nicht zu denken ist. Inzwischen kann sich noch mancherlei abspielen. In erster Linie steuert ja die Regierung auf ein Kompromiß hin. Schon jetzt ist die Vorlage so verhandelt, daß die Parteien der Linken pflichtgemäß in der Schlußabstimmung dagegen gestimmt haben. Nach Lage der Dinge kann die Regierung ihre Vorlage nur retten, wenn sie sie noch weiter verschlechtern läßt.

Die Regierung, die erklärt hat, daß sie mit dem Wahlrecht steh und falle, ist Schritt für Schritt vor dem Absturz der Junker zurückgewichen. Sie hat von ihrer an sich schon recht mangelhaften Vorlage Stück um Stück preisgegeben, sie hat sich sogar bereit erklärt, auf das Kernstück der Vorlage, das gleiche Wahlrecht, zu verzichten. Trotzdem hat sie ihren Willen nicht erreicht, aber sie ist weder zurückgetreten, noch hat sie den Landtag aufgelöst. Wenn sie hofft, doch noch etwas erreichen zu können, so muß das deutsche Volk alle Hoffnungen aufgeben, auf diesem Wege zu einer wirklichen Volksvertretung in Preußen zu gelangen.

Wie sie das Wort ihres Königs einlösen wollen, das müssen die Minister verantworten. Das Volk verlangt das gleiche Wahlrecht, nicht weil es der König versprochen hat, sondern weil es sich mühselig verdient und die Schwäch der Dreiklassenverfassung nicht länger ertragen will. Mögen die Erwählten des Geldsacks, mögen die hohen und

erlauchten Herren in der Ersten Kammer noch weiter markten und feilschen, wie man das Volk um sein Erstgeburtsrecht betrügt. Der Wahlrechtshandel der letzten Wochen hat auch denen, die bisher schloßen, die Augen geöffnet. Vor der Macht des Volkswillens wird das Klassenwahlrecht nicht standhalten.

Ein Organ der Wahlrechtsfeinde, die Schwerindustrie „Post“, behauptet, daß zu der Zeit, als die entscheidende Abstimmung im Abgeordnetenhaus vorgenommen wurde, die Zuschauerbänke vor Leere gegähnt hätten. Daraus schließt das Blatt: „Das Volk hat heute andere Sorge als das Wahlrecht, auch ihm ist das Hemd näher als der Rock. Das ist der gesunde Sinn. Das Wahlrecht ist ihm in dieser Stunde nur Zeitungs-geschrei.“ Das ist der Typus der Wahlrechtsfeinde, die zu der Entreechtung des Volkes auch noch den Spott fügen. Ob die behauptete Tatsache richtig ist, mag dahingestellt sein, jedenfalls sind die Folgerungen, die das Scharfmacherorgan daraus zieht, durchaus falsch. Zudem sind solche Aeußerungen auch sehr unvorsichtig, denn man weiß auch bei der „Post“ sehr gut, daß das Verlangen nach „mehr Volk“ leicht befriedigt werden kann in einer Weise, die denen recht unangenehm werden könnte, die den Andrang der Massen zu der Staatsaktion vermifst haben.

Gewiß hat das arbeitende Volk zurzeit neben dem Wahlrecht noch weitere Sorgen; die Verkürzung der Brotration, die zu der gleichen Stunde beschlossen wurde, als man das Wahlrecht abgelehnt hat, ist zum Beispiel eine der Fragen, die dem Volk sehr nahegehen. Aber wenn das Volk auch ein dringendes Verlangen nach ausreichender Ernährung und nach Wiederherstellung des Friedens hat, so hat es doch genügend Einblick in das politische und das wirtschaftliche Getriebe, um die überragende Bedeutung des Wahlrechts zu erkennen. Wir wollen das Vaterland auch für die werktätige Bevölkerung wohnlich gestalten. Die Vorrechte der Geburt und des Besitzes müssen verschwinden, unsere gesamte Gesetzgebung muß von sozialem Geist durchtränkt werden. Das alles hat zur Voraussetzung die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen. Man hat dem deutschen Volk Schweres zugemutet, es hat im Weltkrieg Großes geleistet, man darf aber nicht glauben, daß man es wie ein unmündiges Kind behandeln darf. Das deutsche Volk will das gleiche Wahlrecht in Preußen, und es wird seinen Willen durchsetzen!

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in der Kriegszeit.

Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich die Rechnungsergebnisse der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung für das Jahr 1916 veröffentlicht. Die als Träger dieser Versicherung in Betracht kommenden 30 Versicherungsanstalten und 11 Sonderanstalten verfügen über ganz gewaltige Summen. Zwar haben sich die Einnahmen unter dem Einfluß des Krieges vermindert und die Ausgaben sind beträchtlich gestiegen, doch ist die Vermögensanammlung nicht unterbrochen worden, wenn sie sich auch stark verlangsamt hat.

Ueber Einnahmen, Ausgaben und Vermögen der 41 Versicherungsträger in den letzten vier Jahren, über welche die Rechnungsergebnisse vorliegen, unterrichtet die folgende Zusammenstellung:

	1913 Mk.	1914 Mk.	1915 Mk.	1916 Mk.
Gesamt-Einnahme	360819314	343390985	309281442	309442256
Darunter an Beiträgen	289952641	267208868	224021388	222430296
Gesamt-Ausgabe	184423082	196410405	207213916	235639969
Darunter Rentenleistungen	129745838	138065736	148707779	169194793
Vermögenszuwachs	176396231	146980560	102067525	73802287
Vermögen am Jahres-schluss	2105698509	2393391081	2704185718	2806523775

In dem Rückgang der Einnahmen tritt die Wirkung des Krieges, der eine Verminderung der Zahl der Arbeiter bewirkt hat, in Erscheinung. Daß im Jahre 1916 trotz des anhaltenden Rückganges der Einnahmen an Beiträgen eine kleine Steigerung der Gesamteinnahme eingetreten ist, dürfte seine Erklärung darin finden, daß ein erheblicher Teil der Einnahmen aus Zinsen besteht, die mit der Steigerung des Vermögens wachsen. Im Jahre 1916 wurden 83 402 860 Mark an Zinsen eingenommen. Unter den Ausgaben fallen die Rentenleistungen am stärksten ins Gewicht, sie sind in harter Steigerung begriffen. Die Ueberschüsse sind andauernd stark zurückgegangen und waren im Jahre 1916 um mehr als 100 Millionen geringer als im Jahre 1913. Das Vermögen ist jedoch gewachsen und beträgt nicht viel weniger als drei Milliarden.

Infolge des Krieges hat die Zahl der bewilligten Renten eine sehr erhebliche Steigerung erfahren. Die nachfolgende Zusammenstellung gibt die Zahl der Renten wieder, die

jeweils in den angegebenen Jahren von allen Versicherungs-trägern neu bewilligt wurden.

Zahl der neubewilligten Renten.

Table with 5 columns: Year (1913, 1914, 1915, 1916) and various pension types (Invalidenrenten, Krankenrenten, Altersrenten, etc.).

Die Zahl der neubewilligten Invalidenrenten, die sich schon im Jahre 1914, weit stärker als im Jahre 1915 vermindert hatte, hat im Jahre 1916 wieder eine Steigerung erfahren.

Die Zusatzrenten haben in der Praxis keine große Bedeutung erlangt. Das Anrecht auf sie kann erworben werden durch freiwilliges Einleben von Zusatzrenten im Werte von einer Mark in die Quittungskarte.

Die Invalidenversicherung gewährt den Witwen der Versicherten nicht ohne weiteres die Witwenrente, vielmehr erhält diese Rente nur die dauernd invalide Witwe nach dem Tode ihres versicherten Mannes.

Das Witwengeld ist eine einmalige Unterstützung, die beim Tode des versicherten Ehemanns gezahlt wird, aber nur an solche Witwen, die selbst die Wartzeit für die Invalidenrente erfüllt und ihre Anwartschaft aufrechterhalten haben.

Bei der Invalidenversicherung wird mit sehr großen Summen gerechnet, das täuscht sehr leicht über die Bedeutung, welche die Rente für die Lebenshaltung des Rentenempfängers hat.

Durchschnittlicher Jahresbetrag einer Rente.

Table with 5 columns: Year (1913, 1914, 1915, 1916) and average pension amounts for various categories (Invalidenrente, Krankenrente, Altersrente, etc.).

Die hier wiedergegebenen Beträge sind die Leistungen der Versicherungsverträge; sie erfahren eine Erhöhung durch den Hebesatz. Dieser beträgt für jede Invaliden-, Kranken-, Alters-, Witwen- und Witwenkrankenrente jährlich 50 Mk., für jede Witwenrente jährlich 25 Mk., für jedes Witwengeld 50 Mk. und für jede Waisenaussteuer 16 2/3 Mk.

Die Reichsversicherungsordnung ermöglicht die Träger der Invalidenversicherung, den Rentenempfänger auf Ertrag in einem Invaliden- oder Waisenhaus unterzubringen.

trag in einem Invaliden- oder Waisenhaus unterzubringen. Dieser Fürsorge wurde im Kriege eine wachsende Aufmerksamkeit geschenkt, wie aus den rasch steigenden Ausgaben für diesen Zweig der Fürsorge ersichtlich ist.

Aufwendungen für Invaliden- und Waisenhauspflege.

Table with 5 columns: Year (1913, 1914, 1915, 1916) and expenditure amounts for Invalidenhauspflege and Waisenhauspflege.

Die starke Zunahme der Kriegswaisen dürfte wohl bewirkt haben, daß der Waisenhauspflege ein größeres Interesse entgegengebracht wird. Im Jahre 1913 haben nur vier Versicherungsträger Aufwendungen für diesen Zweck gemacht, im Jahre 1916 waren es schon 17.

Wenn man die Bedeutung der Invalidenversicherung richtig würdigen will, dann darf man nicht den Hauptnachdruck auf die Rentenleistung legen. Trotz der riesigen Summen, welche die Renten erfordern, werden die Leistungen im einzelnen auch dann noch recht bescheiden bleiben, wenn sie eine beträchtliche Steigerung erfahren sollten.

Leistungen der Versicherungsträger.

Table with 5 columns: Year (1913, 1914, 1915, 1916) and performance metrics (Heilverfahren, Allgemeine Maßnahmen, etc.).

Die Aufwendungen für das Heilverfahren sind hiernach sehr beträchtlich gestiegen. Die Mehrleistungen sind abhängig von den Ueberschüssen und müßten wohl reduziert werden, weil diese zurückgingen.

Soziales.

Die Verkürzung der Brotration.

Es ist schon lange davon geredet worden, daß die knappe Brotration eine weitere Verkürzung erfahren soll. Als mit großer Eile der Friede mit der Ukraine abgeschlossen wurde, wurde das Wort vom „Brotfrieden“ geprägt.

Obwohl manche offiziellen Andeutungen auf diese Mißbefähigkeit vorbereitet haben, so wird sie doch in den weitesten Kreisen Bestürzung hervorzurufen. Als Ersatz für die ausfallende Brotmenge wird eine stärkere Verteilung von Zucker — man spricht von einer Zugabe von 750 Gramm im Monat — erfolgen, auch soll die Verteilung von Nährmitteln in der Zeit der Brotverkürzung eine Erhöhung erfahren.

Dabei ist der Tisch der Wohlhabenden noch gut gedeckt. Dem armen Schlufer läuft das Wasser im Wunde zusammen, wenn gelegentlich die Speisefarten von Festmählern veröffentlicht werden, die noch immer verankaltet werden können, oder wenn man Verzeichnisse der Herrlichkeiten liest, die Dieben in die Hände gefallen sind.

Die Klagen über die hohen Preise der Lebensmittel werden oft beantwortet mit dem Hinweis auf die hohen Verdienste, die in den Großstädten erzielt werden. Es ist richtig, daß die Unternehmer, die Heeresaufträge haben, meist sehr glänzende Gewinne einheimen.

Dabei ist es aber nur eine ziemlich kleine Schicht von Arbeitern, die diese hohen Löhne erzielt. Die große Masse der Arbeiter muß mit viel bescheideneren Löhnen auskommen.

Nun soll die Brotration noch kleiner werden. Wahrscheinlich wird man uns noch mit dem Trost kommen, daß der Ausfall auf den Tag nur wenige Gramm ausmacht. Bei einer Tagesration, die seither schon zu niedrig war, macht aber jedes Gramm Abzug einen empfindlichen Verlust aus.

Wenn die vorhandenen Vorräte eine Verkürzung der Rationen in der Weise notwendig machen würden, daß alle davon betroffen werden, wenn die Verteilung der Lebensmittel unter alle Volksgenossen nach den gleichen Grundsätzen erfolgen würde, dann müßte man sich mit der Verkürzung der Brotration abfinden, und eine solche unvermeidliche Maßnahme würde dann auch keinen Widerspruch wecken.

Die Hamburger „Produktion“.

Der Konsum, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg, der den Bericht über sein 19. Geschäftsjahr 1917 veröffentlicht, ist wohl das bedeutendste genossenschaftliche Unternehmen in Deutschland. In seinen Leistungen kann man so recht erkennen, was die Arbeiter durch Zusammenwirken als Konsumenten erreichen können.

Auch das Gut Schwanzelbe hat durch eine vollständige Abnormierung in diesem Jahre ein ungünstiges Geschäftsergebnis.

Die Aufwendungen der „Produktion“ für soziale Zwecke sind außerordentlich hoch. Für Familienunterstützungen, Teuerungszulagen, Mieterlasse usw. wurden insgesamt über 1 1/2 Millionen Mark ausgegeben.

Die stolzen Zahlen des Geschäftsberichts der „Produktion“ sind ein eindrucksvolles Werbemittel für den Genossenschaftsgebanken.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

In Mergentheim (Gau Stuttgart) wurde eine neue Zahlstelle gegründet.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 21. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 170085 Ant. Keller, Tischler, geb. 10. 1. 82 in Karlstadt.
297804 Gust. Hüser, Tischl., geb. 26. 10. 75 zu Olesmarode.
800871 Johs. Schellhaas, Stellm., 24. 12. 76 zu Zwillingenberg.
Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

Zentralkommission der Maschinenarbeiter und Säger.

Der seitherige Vorsitzende der Kommission, Kollege Attenhofer, ist nach langjähriger erfolgreicher Tätigkeit zu unserm Bedauern von seinem Posten zurückgetreten.

Die Zentralkommission.

J. A.: Franz Geisler, München, Epfherstr. 4, IV.

Korrespondenzen.

Berlin. (Drechsler.) Die am 12. Mai stattgefundene Branchenversammlung beschäftigte sich mit der Frage: Ist eine Lohnerhöhung bei den Arbeitgebern durchzusetzen?

Aus der Holzindustrie.

Holzindustrie und Handelspolitik.

Die Gestaltung der Handelsbeziehungen Deutschlands zu den fremden Ländern beeinflusst auch in erheblichem Maße unsere Holzindustrie. In den Friedensverträgen mit den östlichen Ländern ist vorgesehen, daß der deutsch-russische Handelsvertrag vorläufig wieder in Kraft tritt.

Wie diese Handelsverträge ausfallen werden, läßt sich schwer voraussagen. Bekannt ist, daß die Ententeregierungen unter sich Abmachungen getroffen haben, die den Ausschluß Deutschlands vom Balkanhandel bezwecken.

teile einräumen. Ähnlich können sich die amerikanischen Staaten zu einem einheitlichen Zollgebiet zusammenschließen. Um diesen großen Zollgebieten ein Gegengewicht entgegenzusetzen, ist der Gedanke propagiert worden, zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, gegebenenfalls auch mit den Balkanländern, eine engere zollpolitische Verbindung herbeizuführen.

Diese enge zollpolitische Verbindung von Deutschland und Oesterreich-Ungarn liegt aber noch in weitem Felde. Ihr stehen sehr gewichtige Bedenken entgegen, und es ist noch sehr fraglich, ob sie zustande kommt.

Der Holzhandel und die Holzindustrie in Ostpreußen sind diejenigen Berufsweige, die durch einen österreichisch-ungarischen Zollverein oder durch die Festsetzung niedrigerer Zölle für österreichisch-ungarisches Holz als für russisches in erster Linie in ihren Daseinsbedingungen getroffen würden.

Es geht vorwärts!

Aus der kleinen Zahlstelle B. schreibt der neugewählte Bevollmächtigte an den Verbandsvorstand:

„Teile hierdurch mit, daß ich in der letzten Versammlung einstimmig zum Vorsitzenden gewählt worden bin. Es wird mein Bestreben sein, die Zahlstelle wieder in gute Bahnen zu lenken und neue Mitglieder zu werben.“

Ein Beispiel zur Nachahmung!

reichisch-ungarische Hölzer und Holzwaren ohnehin einen näheren Weg haben. Gehen diese zollfrei oder zu niedrigeren Zöllen als gleichartige russische Waren ein, so vermöchten die von uns vertretenen Handels- und Industriezweige den Wettbewerb mit ihnen nicht zu bestehen.

Anders denken über diesen Gegenstand die Handelsvertretungen in Süddeutschland. Die Handelskammer München tritt entschieden für die wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ein, die durch ein möglichst enges zollpolitisches Verhältnis zu fördern ist.

Diese Andeutungen lassen erkennen, daß es sich bei der Zollpolitik um recht komplizierte Fragen handelt. Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht näher darauf eingehen.

Der österreichische Holzarbeiter-Verband.

Aus Wien wird uns geschrieben: Der Holzarbeiter-Verband hat im letzten Jahre einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen. Der Mitgliederstand ist von 1012 auf 6923 gestiegen.

schließen. Nicht nur als Hilfsarbeiterinnen sind die Frauen beschäftigt, sondern man findet sie auch schon an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen, und bereits ist eine Reihe schwerer Unfälle vorgekommen.

Der Geschäftsgang war verhältnismäßig gut. Die starke Nachfrage nach Arbeitskräften hat auch die Lohnverhältnisse günstig beeinflusst. Beim Arbeitsnachweis des Verbandes in Wien waren 1020 offene Arbeitsplätze angemeldet, während sich nur 522 Mitglieber arbeitslos meldeten.

Die Lebensmittelpnot und die damit in Verbindung stehende enorme Teuerung aller Bedarfsartikel hat eine sehr zahlreiche Lohnbewegung mitgebracht. In der Hauptstadt handelte es sich um Lohnhöhungen. Es wurden 60 Lohnbewegungen in 28 Orten durchgeführt, gegen 18 im Vorjahre.

Die Einnahmen des Verbandes betragen 190 988,26 Kr., die Ausgaben 157 383,38 Kr., mithin eine Mehreinnahme von 42 604,88 Kr.

Weibliche Tischlerlehrlinge.

Die Breslauer Tischlerzunft hat sich mit der Frage beschäftigt, ob weibliche Personen als Lehrlinge ausgebildet werden sollen. Die Frau als Arbeiterin ist in den Breslauer Tischlereien keine seltene Erscheinung mehr, sie wird aber, wie das auch anderwärts üblich ist, nur als Teilarbeiterin beschäftigt.

Unferes Wissens ist die Breslauer Tischlerin die erste, die sich für die Einstellung weiblicher Lehrlinge ausgesprochen hat. Vereinzelt mag es wohl da und dort weibliche Tischlergesellen geben, die eine regelrechte Lehrzeit absolviert haben.

In der Durchführbarkeit des Planes zweifeln wir nicht und ebensowenig daran, daß sich weibliche Lehrlinge finden werden. Eine Frage ist es allerdings, ob sich viele den körperlichen Anstrengungen, die der Beruf erfordert, gewachsen zeigen werden.

Grundsätzliche Bedenken braucht man dagegen vom Arbeiterstandpunkt aus nicht geltend zu machen. Selbstverständlich werden wir, wenn der weibliche Tischlergeselle einige Bedeutung erlangen sollte, noch mehr als bisher darauf achten müssen, daß für die gleiche Leistung auch der gleiche Lohn gezahlt wird.

Die Gesellenprüfung des Kriegsbeschädigten.

In der letzten Quartalsversammlung der Berliner Korbmacherinnung kam nach dem offiziellen Bericht in der „Deutschen Korbmacher-Zeitung“ auch das Gesuch eines Kriegsbeschädigten um Zulassung zur Gesellenprüfung zur Sprache.

diesem Besuch entgegen. Er für seine Person könne dem nicht zustimmen, auf solche Art und Weise jemand zum Gesellen zu sprechen, wenn dieses alles unentgeltlich geschehen sollte, denn unser Gewerbe erblicke darin keinen Vorteil, sondern nur Nachteile.

Man könnte es schließlich verstehen, wenn die Vertreter des Korbmachergewerbes Bedenken gegen eine Ueberfüllung des Berufs durch massenhafte Uebernahme von Kriegsverletzten äußern. Davon findet man aber in den Worten des Obermeisters nichts; sein Innungsherr empört sich nur dagegen, daß jemand unentgeltlich zur Gesellenprüfung zugelassen werden soll. Wenn das Geld im Kasten klingelt... Es geht doch nichts über die Hebung des Handwerks, wie sie von den echten Künstlern verstanden wird.

Der Jahresbericht der Zahlstelle München verwendet einen großen Teil des Raumes auf die ausführliche Darstellung der Bewegungen in den einzelnen Branchen zur Erlangung von Lärungszulagen. Als Gesamtergebnis dieser Bewegung wird festgestellt, daß 3517 Kollegen und Kolleginnen eine Erhöhung ihres Einkommens um wöchentlich 8 821 Mk. oder jährlich 1 498 719 Mk. erreicht haben. Die Mitgliederzahl hat im Berichtsjahr eine erhebliche Steigerung erfahren. Zu Beginn des Jahres waren 1904 männliche, 479 weibliche und 17 jugendliche Mitglieder gezählt worden; am Schluß des Jahres 1917 waren es 2321 männliche, 782 weibliche und 15 jugendliche. Das Vermögen der Lokalkasse ist von 140 493 Mk. auf 143 757 Mk. gestiegen. Erwähnung verdient, daß der gut funktionierende Arbeitsnachweis der Zahlstelle am 1. April 1917 dem Hilfsdienstgesetz zum Opfer gefallen ist. Da ihm auf Grund einer Regierungsverordnung die Arbeitsvermittlung für Hilfsdienstpflichtige verboten wurde, mußte er seine Tätigkeit bis Kriegsende einstellen. Von der Sektion der Maschinenarbeiter wird die Unfallstatistik sorgsam gepflegt. Für das Jahr 1917 werden 39 Personen registriert, die in 28 Betrieben insgesamt 41 Unfälle erlitten haben. Die von der Sektion geführte besondere Unfallklasse rechnet mit 559 Mk. Einnahmen, 522 Mk. Ausgaben und einem Bestand von 1924 Mk. ab.

Der christliche Holzarbeiter-Verband, dessen Mitgliederzahl von 17 660 am Ende des Jahres 1913 auf 3343 am Schluß des Jahres 1916 zurückgegangen war, hat sich im Jahre 1917 wieder erholt. Nach der vorliegenden Abrechnung betrug die Mitgliederzahl am Jahreschluß 6004. Auch das Vermögen des Verbandes hat eine Steigerung erfahren; es betrug Ende 1917 einschließlich der Bestände der Ortsklassen 688 994 Mk.

Gewerkschaftliches.

Ubergangswirtschaft und Textilarbeiter.

An den Fragen der Ubergangswirtschaft sind die Textilarbeiter in besonders starkem Maße interessiert. Die Arbeiter der Spinnstoffindustrie arbeiten von jeher in allgemeinen unter recht ungünstigen Bedingungen. Durch den Krieg sind sie sehr schwer betroffen worden. Der steigende Mangel an Rohstoffen hat den Textilarbeitern die Arbeitsmöglichkeit stark verkleinert. Bei der Wiederkehr des Friedens wird der Bedarf an Erzeugnissen der Textilindustrie sehr groß sein, aber von der Gestaltung der Ubergangswirtschaft wird es stark abhängen, ob die stillgelegten Betriebe mehr oder weniger rasch wieder in Gang gesetzt werden und sich die Verdienstmöglichkeit für die Textilarbeiter wieder hebt. Das hervorragende Interesse, welches die Textilarbeiter an einer reichlichen und geordneten Zufuhr von Rohstoffen nach Kriegsende haben, hat die Generalversammlung des Textilarbeiter-Verbandes im Juli 1917 veranlaßt, eine besondere Nebengliederung Kommission für Ubergangswirtschaft einzusetzen. Von dieser Kommission wurde deren Mitglied Hermann Jädel beauftragt, eine Denkschrift*) auszuarbeiten, die jetzt erschienen ist.

Die Denkschrift ist eine eingehende Begründung der Forderungen, welche die Textilarbeiter für die Ubergangswirtschaft aufstellen. Sie betreffen: Sofortige Freigabe aller im Besitz der Kriegsstoffabteilung befindlichen Rohstoff-

mengen, Kunstwollen- und Lumpenmengen wie auch der im Besitz der Heeresverwaltung befindlichen Stoffe und fertigen Kleider für die Zivilbevölkerung. Förderung der Ersatzstoffindustrien sowie Verbilligung und Verbesserung ihrer Erzeugnisse. Bevorzugung der Textilindustrie bei Verteilung des Schiffsraums und anderer Verkehrsmittel zwecks Herbeischaffung von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Beseitigung der Schranken, welche die Einfuhr von Garnen, Halbfabrikaten, Stoffen und fertigen Kleidern entgegenstehen. Beteilung des Großhandels beim Einkauf von Rohstoffen, Halbfabrikaten, Stoffen und Kleidern auf dem Weltmarkt unter scharfer Kontrolle von Reichsinstanzen. Gerechte Verteilung der erhältlichen Rohstoffe an alle Unternehmer, Durchführung einer Notstandsaktion zugunsten der stillgelegten kleinen und mittleren Betriebe durch Bevorzugung bei Verteilung des Rohstoffes und der Betriebsmittel. Durchführung der Nationalisierung der Rohstoffe für alle Betriebe unter Mitwirkung der Arbeiterschaft als kontrollierendem und regelndem Organ. Vorbereitende Schritte zum Abbau des dem Volksinteresse widersprechenden Zollsystems und Heranziehung der Textilarbeiterorganisationen aller Richtungen zur Mitarbeit in allen Zweigen der Ubergangswirtschaft.

Weiter wird verlangt die Errichtung von Lohnämtern für die Heimarbeiter und gesetzliche Festlegung von Mindestverdiensten für sie und für alle Zweige der Industrie, in welchen staatliche Maßnahmen Produktion oder Verschleiß reakt, Nacht- bzw. Neunstundentag, der freie Sonnabendnachmittag. Verbot aller Ueberstunden für Arbeiterinnen und jugendliche Personen. Weitergehender Mutterschafts- und Säuglingsschutz und gesundheitlicher Schutz gegen die Gefahren der Arbeit. Weiter werden paritätische Arbeitsnachweise gefordert, und zum Schluß wird auskömmliche Arbeitslosenunterstützung aus Mitteln der Textilarbeiterfürsorge für die Dauer der Arbeitslosigkeit an die Textilarbeiter, auch an die aus dem Heere Entlassenen, verlangt. — Der Denkschrift sind umfangreiche **Lo h n s t a t i s t i k e n** des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes beigegeben.

Der Verband der Brauerer- und Mällearbeiter zählte am Schluß des Jahres 1916 17 932 Mitglieder, Ende 1917 waren es noch 17 316, darunter 1947 weibliche. Die Zahl der letzteren hat sich um 561 erhöht. Von den 51 587 Mitgliedern, die der Verband vor Kriegsausbruch zählte, sind mehr als 30 000 zum Kriegsdienst eingezogen. Der Verband hat sein Vermögen im letzten Jahre um 42 637 Mk. gesteigert; er verfügt am Jahreschluß über einen Vermögensbestand von 1 472 710 Mk., davon 1 470 092 Mk. in der Hauptkasse.

Der Glaser-Verband hatte am Schluß des Jahres 1917 noch 640 Mitglieder gegen 705 am Schluß des Jahres 1916. Die Hauptkasse verfügte am Jahreschluß über einen Kassenbestand von 68 476 Mk.

Der Verband der Kupferschmiede hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1917 von 3311 auf 3865 gesteigert. Das Verbandsvermögen stieg von 292 997 Mk. auf 298 057 Mk.; davon befinden sich 291 273 Mk. in der Hauptkasse.

Der Verband der Maschinisten und Heizer hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1917 von 7145 auf 9331 gesteigert. Die Einnahmen des Verbandes betrugen 233 629 Mk., die Ausgaben 189 478 Mk.

Der Metallarbeiter-Verband veröffentlicht seinen Rechnungsabluß für das Jahr 1917, der von einem beispiellosen Aufschwung Kunde gibt, den diese größte Gewerkschaft im abgelaufenen Jahre genommen hat. Die Zahl der Mitglieder ist um 145 570 oder 58,85 Prozent gestiegen. Diese Zunahme übertrifft das seither günstigste Jahr 1910, welches einen Mitgliederzuwachs um 90 667 brachte, um ein beträchtliches. Der Verband zählte am Jahreschluß, ungeachtet der zum Heeresdienst eingezogenen, 392 930 Mitglieder, darunter 83 266 weibliche. Entsprechend der Größe der Organisation rechnet auch der Kassenabluß mit hohen Beträgen. Der Jahresabluß ergibt als Schlußsumme in Einnahme und Ausgabe 11 171 260 Mk.

Im Verband der Schiffszimmerer hat die vorgenommene Abstimmung eine große Mehrheit für die vorgeschlagene Forderung der Beitrags- und der Unterstützungsbeiträge ergeben. Von 1803 Mitgliedern haben sich 1117 an der

Abstimmung beteiligt. Von diesen stimmten 918 mit Ja, 190 mit Nein, und 10 Stimmentzettel waren ungültig. Für einen Wochenbeitrag von 1 Mk. haben sich 13 Zahlstellen mit 1439 Mitgliedern entschieden, für 80 Pf. stimmten 18 Zahlstellen mit 235 Mitgliedern. Ein Teil der Zahlstellen erhebt daneben noch einen Lokalbeitrag, so daß der Gesamtbeitrag bis 1,25 Mk. steigt.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 18, Am Köpenicker Park 2, bezogen werden.

Vom Fachblatt für Holzarbeiter ist das Maiheft erschienen. Es enthält Arbeiten nach Entwürfen des Stuttgarter Architekten Professor Lang-Kurz. Die Oberflächenbehandlung des Holzes mit Lasur- und Deckfarben beschreibt Fachschullehrer Barnatsch. R. Unger führt uns in das Zeitalter der Renaissance. Reiche Illustrationen beleben den Text. Das Fachblatt kostet vierteljährlich 1,50 Mk., Verbandsmitgliedern erhalten es bei Bezug durch die Ortsverwaltung für 1,25 Mk.

Karl Marx und die Gewerkschaften. Von Hermann Müller, Sekretär des Zentralarbeitssekretariats Berlin. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis broschiert 2 Mk., gebunden 3 Mk.

Unter den vielen Veröffentlichungen aus Anlaß des 100jährigen Geburtstages von Karl Marx dürfte die vorliegende besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Müller sagt in dem Vorwort zu seiner Schrift: „Es gibt keinen Theoretiker, dem die Gewerkschaften soviel verdanken wie Marx... Seine ökonomischen Lehren bilden die Grundlage unserer Gewerkschaftstheorie. Diese ist ganz und gar aufgebaut auf der Marxschen Lehre von der Arbeitskraft und dem Arbeitslohn.“ Diese noch nicht genügend gewürdigte Bedeutung von Marx wird von dem sachkundigen Verfasser in anregender Weise geschildert.

N. Damaschke: „Geschichte der Nationalökonomie“, eine erste Einführung. 40. bis 42. Tausend. Neunte erweiterte Auflage. Jena. Gustav Fischer. 1918. 2. Band. 400 Seiten. Preis 4,50 Mk.

Der bekannte Vorkämpfer der Bodenreformer gibt in seiner Geschichte der Nationalökonomie eine Uebersicht über verschiedene volkswirtschaftlichen Systeme. Es ist kein tiefes Eindringen in die Probleme, und es sind auch keine gelehrten Abhandlungen, die hier geboten werden, sondern die behandelten Zustände und Personen werden in gemeinverständlicher Weise dargestellt. Diesem Vorzug hat das Buch zweifellos auch seine starke Verbreitung zu danken. Im vorliegenden zweiten Band werden in besonderen Abteilungen das nationale System, der Kommunismus, die Anarchisten und die Bodenreform behandelt.

Kriegsmarxismus. Eine theoretische Grundlegung der Politik des 4. August. Beleuchtet von Karl Rautsky. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co., Wien VI. Preis 1,50 Mk.

Die Schrift ist eine Kritik des Renner'schen Buches „Marxismus, Krieg und Internationale“.

Demokratie und Freiheit. Dem bereits angekündigten ersten Heft dieser Broschürenreihe, die Julian Borchardt im Auftrage der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ herausgibt, ist nun ein zweites Heft gefolgt mit dem Untertitel „Die Selbstregierung des Volkes in England“. Die 34 Seiten starke Broschüre kostet 1,20 Mk. Verlag von Georg Sturm, Berlin SW. 48.

Rechtsfragen für Haus und Beruf von Referendar R. Berner. Verlag L. Schwarz u. Co., Berlin S. 14, Dresdener Straße 80. Preis 1,50 Mk., Taschenformat.

Briefkasten.

Beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer wollen sich die **Postbezieher** stets nur an den Briefträger oder die zuständige Bestell-Postanstalt wenden. Erst wenn Nachlieferung und Anlieferung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich unter Angabe der bereits unternommenen Schritte an unseren Verlag.

Sektorbene Mitglieder.

Harry Heing, Tischler, 32 Jahre, gest. in Magdeburg.

Eug. Schulze, Tischler, 66 Jahre, gest. in Magdeburg.

Friedr. Behrens, Tischler, 73 Jahre, gest. in Magdeburg.

Alb. Gerbst, Stellmacher, 54 Jahre, gest. in Magdeburg.

Christ. Nonnenmann, Schreiner, 53 Jahre, gest. in Stuttgart.

Eug. Sittelmaier, Glaser, 34 J., gest. in Stuttgart.

Wilhelm Ungelter, Schreiner, 16 Jahre, gest. in Stuttgart.

Friedr. Gilmert, Maschinenarb., 53 Jahre, gest. in Königsberg (Pr.).

Hans Kreuzer, Drechler, 38 Jahre, gest. in Heidelberg.

Ehre ihrem Andenken.

10 Bautischler gesucht!

Hr. F. F. F. & S. F., Plauer u. Zimmermeister und Schlosser, Seelitz (Sachsen).

Modelltischler der an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist, wird zum sofortigen oder späteren Eintritt gesucht. Carl Zahn, Erlangerstr. 20, Barmen.

Möbeltischler, auch kriegsbeschädigte, für Anfertigung von Einheitsmöbeln stellen ein **Richard Elze, Hübener & Co. G.m.b.H., Dessau.**

Tischler Holzschleifer(innen) Maschinenarbeiter(innen) gesucht. **Magnus, Waffenfabrik, Döbeln**

Lüchtige Schleifer u. Feiler stellen ein **C. & A. Redlich, Stöckfabrik, Berlin, Ritterstraße 75.**

Werktührer branchenkundig, für meine Schmirgel- und Schleifwerkzeuge, gesucht. **Bernhard Ros, Berlin, Mühlentischstraße 20.**

Polierer für Holzschmiedele verlanget **Bernhard Ros, Berlin, Mühlentischstraße 20.**

1 tüchtiger Bilderrahmenstreiner, 1 oder 2 tüchtige Bergolder sofort gesucht. **Josef Thomas, Kunstgewerbliche Werkstellen, Mannheim-M. 4, 1.**

Ein **Korbmacher**, auch kriegstüchtiger, verleihter, sofort gesucht **Georg Stoppel, Lindenbergl. (Mag.)**

1 Korbmacher auf Rohlen- und Jagleichen (derselbe kann auch verheiratet sein). **Gottfried Wolle, Bergen auf Rügen.**

Zur Leitung einer Geschloßkorbfabrik wird ein durchaus zuverlässiger militärfreier **Korbmachermeister**

mit der Fabrication jeder Art Körbe vollständig vertraut und gewandt im Ausbilden von Leuten, gesucht. **Thüringer Korbwaren- und Rohrmöbel-Industrie, Eisenach.**

Zwei tüchtige Bürstenmacher, die auf Besen, Bürsten und Bürstchen eingearbeitet sind, können sofort eintreten bei **Bernhard Müller, Karlsruhe-Rühlburg, Rheinstraße 31.**

Bürstenmacher auf Zurrichten u. Einziehen sucht sofort **W. Graap, Bürstenfabrik, Elmshorn b. Hambg.**

Tischlerleim-Ersatz ohne Bezugchein

heißflüssiger Kattlein, fertig zum Gebrauch. Muster gegen Einsendung von 1,50 Mark. **G. Kreis, Tischler, Hamburg 31, Lumerothstr. 61.**

Hut- und Mantelhaken in größern und kleinern Posten abzugeben **»Rhenania« Metallgießerei Solingen**

TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD
Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Bekocht von vielen kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen. Auskunft durch die Direktion: B. Kolkhofer

9. März, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Buch: Der Produktionsprozeß des Kapitals. Volks-Nr. 774 E. Gebd. 6,50 Mk. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes